Tourismuspolitik

Anna-Lena Kirch

Nach den Europawahlen im Mai 2014 und der Umbildung der Europäischen Kommission fällt die Koordinierung nationaler Tourismuspolitiken in den Zuständigkeitsbereich verschiedener Kommissare wie an den Vizepräsidenten für Arbeit, Wachstum, Investitionen und Wettbewerb, Jyrki Katainen, die Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Elžbieta Bieńkowska, den Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, die Kommissarin für Transport, Violeta Bulc, und die Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu. Im Europäischen Parlament wurde eine neue interfraktionelle Arbeitsgruppe „Entwicklung des europäischen Fremdenverkehrs, kulturelles Erbe, Jakobsweg und weitere Kulturwege Europas" gebildet, um den informellen Austausch zu tourismuspolitischen Themen unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu fördern.

Better Regulation

Das Mandat der Kommission ist darauf begrenzt, die Aktivitäten der europäischen Mitgliedstaaten zu koordinieren und im Sinne der Subsidiarität bei Bedarf zu unterstützen (Art. 195 AEUV). Im Sinne der „Better Regulation"-Agenda des ersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, dürften die EU-Mitgliedstaaten in Zukunft noch stärker darauf achten, dass die Europäische Union ihre Kompetenzen nicht überschreitet und die Kommission im Sinne des Subsidiariäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips nur Initiativen mit einem echten europäischen Mehrwert verfolgt.[1] Die deutsche Regierung kritisiert in diesem Zusammenhang beispielsweise Überlegungen der Europäischen Union, den touristischen Austausch von Senioren und sozialschwachen Familien zu fördern oder europäische Tourismus-Gütesiegel einzuführen.[2]

Investitionsoffensive für Europa

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat für die neue Kommission als oberste Priorität „A New Boost for Jobs, Growth and Investment"[3] versprochen. Diese angestrebte Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union schließt auch die strategisch wichtige Tourismusbranche, den drittgrößten europäischen Wirtschaftszweig, ein. Insbesondere im Kontext der Eurokrise und der Bemühungen zur Konsolidierung von Krisenländern wie Griechenland oder Spanien spielt der Tourismussektor eine besondere Rolle und birgt großes Potenzial. Dementsprechend ist davon

1 Europäische Kommission: Better Regulation Agenda. Enhancing transparency and scrutiny for better EU law-making, Mai 2015, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4988_en.htm (letzter Zugriff: 7.7.2015).

2 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung, 17. Legislaturperiode, Mai 2013, abrufbar unter: http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen, did=579736.html (letzter Zugriff: 6.7.2015).

3 Europäische Kommission: A New Boost for Jobs, Growth and Investment, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/archives/juncker-commission/priorities/01/index_en.htm (letzter Zugriff: 6.7.2015).

auszugehen, dass die Tourismuswirtschaft von der „Investitionsoffensive für Europa“ (Juncker-Plan)[4] profitieren wird, mit der der Kommissionschef als Reaktion auf die geringen Wachstumsraten in der Europäischen Union mehr als 300 Mrd. Euro mobilisieren will, um beispielsweise Verkehrsinfrastrukturen oder ökologisch nachhaltige Projekte zu fördern.

Maßnahmen zur Förderung der Tourismusbranche

Pünktlich zu ihrem Amtsantritt hat die Kommission einen „Guide on EU Funding 2014-2020 for the Tourism Sector“[5] veröffentlicht, um die verschiedenen direkten und indirekten Förderinstrumente und Finanzierungsmittel für die Tourismusbranche vereinfacht und gebündelt darzustellen und der Komplexität des Querschnittsbereiches Tourismus – unter anderem Binnenmarkt, Regionalentwicklung, Sicherheitspolitik, Verkehr, Umwelt, Verbraucherschutz – angemessen zu begegnen. Entsprechend der lediglich unterstützenden EU-Kompetenz ist im mehrjährigen EU-Finanzrahmen von 2014 bis 2020 kein eigener Posten für Tourismuspolitik vorgesehen. Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum, Beschäftigung und nachhaltiger Innovation im Tourismussektor werden in erster Linie über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds, den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), das Finanzinstrument LIFE für Umweltprojekte, das COSME-Rahmenprogramm von 2014 bis 2020 zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit oder das Finanzinstrument zur Umsetzung der EU-Forschungsstrategie „Horizont 2020“ finanziert.

Im Zeitraum von Juli 2014 bis Mai 2015 war die Kommission in zahlreichen Initiativen zur Koordinierung nationaler Tourismuspolitiken und zum Austausch bewährter Praktiken involviert, indem sie den europäischen Mitgliedstaaten, den europäischen Regionen und sonstigen tourismuspolitischen Stakeholdern aus dem privaten und öffentlichen Sektor durch Konferenzen, Online-Plattformen und Netzwerke Gelegenheit und Raum zum Austausch geschaffen hat. Inhaltliche Schwerpunkte waren etwa die Zukunft der Tourismuswirtschaft, nachhaltiger Tourismus, Digitalisierung und Küstentourismus. Im Juli 2014 hat die Kommission zudem ein Grünbuch im Bereich des Verbraucherschutzes zur Sicherheit touristischer Beherbergungsleistungen vorgelegt, indem sie ankündigt, sich in einer öffentlichen Konsultation einen Überblick über nationale Sicherheitsstandards für Tourismusunterkünfte zu verschaffen.[6]

Weiterführende Literatur

Stephan Lammerich/Iris Hohmann: EU Grünbuch. Sicherheit von Touristenunterkünften, Centrum für Europäische Politik: cepAnalyse 41/2014.

4 Europäische Kommission: Investitionsoffensive, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/index_de.htm (letzter Zugriff: 6.7.2015).

5 Europäische Kommission: Wachstum. Guide on EU funding for the tourism sector (2014-2020), Oktober 2014, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=7843&lang=de (letzter Zugriff: 6.7.2015).

6 Europäische Kommission: Grünbuch. Sicherheit touristischer Beherbergungsleistungen, KOM(2014) 464 final.